

Ä48

Antrag

Initiator*innen: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Titel: Ä48 zu A14: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Palästina, Israel und dem Libanon

Titel

Ändern in:

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Westasien

Antragstext

Von Zeile 115 bis 116:

~~Die Grüne Jugend Niedersachsen erkennt den Genozid an den Palästinenser*innen nach Art II der UN-Völkermordkonvention durch die folgende Einordnung an:~~

- Die anhaltende Besatzung sowie die systematische und strukturelle Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung sind Ausdruck eines strukturellen Unrechts. Wir fordern den Schutz der Palästinenserinnen vor massiven Völkerrechtsverbrechen und willkürlicher Gewalt, sei es durch israelische Siedlerinnen und Sicherheitskräfte oder durch terroristische Akteure.

Begründung

Der Änderungsantrag verschiebt den Fokus weg von juristisch umstrittenen Zuschreibungen hin zu klar benennbaren Verstößen gegen Menschenrechte und

humanitäres Völkerrecht. Damit wird die Kritik an Besatzung, Entrechtung und Gewalt aufrechterhalten, ohne politische oder juristische Vorfestlegungen zu treffen, die über internationale Gerichtsentscheidungen hinausgehen.